

Sitzung
der
ARBEITSGRUPPE STEUERN DES BDZV

am 20. und 21. November 2013 in Saarbrücken

TAGESORDNUNG

1. REGULARIEN

2. LOHNSTEUER, SONSTIGE ABZUGSTEUERN, SOZIALVERSICHERUNG

a) EStAM Erinnerung – Umstellung schon erfolgt?

Bis Dezember 2013 müssen alle Arbeitgeber auf das EStAM Verfahren umgestellt haben.

Weiterhin erfolgt ein Hinweis auf die mittlerweile ergangenen BMF-Schreiben zu den elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmalen.

Anlagen: nwb Nachrichten, Letzte Frist für 60.000 Arbeitgeber (OFD)
BMF-Schreiben betr. erstmaliger Abruf EStAM v. 25.07.2013, IV C 5 – S 2363/12/10003
EStAM: Anwendungsschreiben für den Einführungszeitraum 2013, BC 2013, 380
BMF-Schreiben betr. ELStAM v. 07.08.2013, IV C 5 – S 2363/13/10003
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM): Lohnsteuerabzug ab dem Kalenderjahr 2013, BC 2013, 381
BMF-Schreiben betr. Ausstellung von elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen ab 2014 v. 28.08.2013, IV C 5 – S 2378/13/10002

b) Anrechnung einer kostenlos zur Verfügung gestellten Jahresnetzkarte (FG)

Nutzt ein Arbeitnehmer für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte öffentliche Verkehrsmittel, ist die Entfernungspauschale um den vollen Sachbezugswert einer ihm von seinem Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Jahresnetzkarte zu kürzen. Eine nur

anteilige Kürzung im Verhältnis der Arbeitstage zu den Kalendertagen kommt nicht in Betracht.

Ein ungeschmälerter Ansatz der Entfernungspauschale kommt nur noch in Ausnahmefällen in Betracht.

Anlagen: nwb Nachrichten, Anrechnung einer kostenlos zur Verfügung gestellten Jahresnetzkarte
FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 19.06.2013, Rs. 14 K 14140/10, BeckRS 2013, 95986

c) **Neue Rechtsprechung zur 110€-Freigrenze bei Betriebsveranstaltungen (BFH)**

Der BFH hat in zwei Entscheidungen jüngerer Datums zur 110 Euro-Freigrenze für Betriebsveranstaltungen Stellung genommen.

Hierdurch kommt es zu Erleichterungen für die Mitarbeiter und Firmenchefs – so sind die Kosten für den äußeren Rahmen der Veranstaltung ebenso wie der Kostenanteil für miteingeladene Familienangehörige nicht mehr in die Freigrenze einzubeziehen.

Anlagen: nwb Nachrichten, Neue BFH-Urteile zur 110 Euro-Freigrenze bei Betriebsveranstaltungen (BdSt)
BFH, Urteil v. 16.05.2013, Rs. VI R 94/10, DStR 2013, 2170
BFH, Urteil v. 16.05.2013, Rs. VI R 7/11, DStR 2013, 2172
Neues zur Lohnbesteuerung von Betriebsveranstaltungen, NWB 2013, 3298

3. UMSATZSTEUER

a) **Ein letztes Mal – Neuregelung der Nachweispflichten bei innergemeinschaftlichen Lieferungen**

Die Neuregelung der Nachweispflichten für innergemeinschaftliche Lieferungen und die damit verbundenen Diskussionen haben (vorerst) ihr Ende gefunden. Das BMF hat nun abschließend zur Neuregelung Stellung genommen.

Die Regelungen im Schreiben sind auf Umsätze, die nach dem 30.09.2013 ausgeführt werden, anzuwenden. Allerdings wird es bei Umsätzen bis zum 31.12.2013 nicht beanstandet, wenn noch die alten Nachweisregelungen angewandt werden.

Anlage: nwb Nachrichten, Beleg- und Buchnachweispflichten – neue Übergangsfrist (BMF)

nwb Nachrichten, Gelangensbestätigung – Was lange währt, wird endlich gut (DStV)

Nachweispflichten bei innergemeinschaftlichen Lieferungen ab 1.10.2013 bzw. 1.1.2014, NWB Nr. 40 vom 30.09.2013, S. 3135

BMF-Schreiben zu den Beleg- und Buchnachweispflichten bei der Steuerbefreiung für innergemeinschaftliche Lieferungen, IV D 3 – S 7141/13/10001

b) Aufteilung einheitlicher Preise bei Kombi-Abos

Hier sollte über die weitere Entwicklung bei der Preisaufteilung von Kombi-Abos diskutiert werden. Insbesondere sollte ein Austausch über neue Erfahrungen in den Betriebsprüfungen stattfinden.

c) Angabe „Gutschrift“ bei Rechnungen

Durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz ist § 14 IV 1 Nr. 10 UStG eingeführt worden, demzufolge in Fällen der Ausstellung der Rechnung durch den Leistungsempfänger die Angabe „Gutschrift“ erforderlich ist.

Hiergegen wendet sich die BStBK im Wege einer Eingabe an das BMF. Über die Gründe und die Relevanz für die Verlage sollte hier diskutiert werden. Weiterhin wird auf das aktuell ergangene diesbezügliche BMF-Schreiben hingewiesen.

Anlage: nwb Nachrichten, Eingabe zur Rechnungspflichtangabe „Gutschrift“ (BStBK) Praxisprobleme bei der Rechnungspflichtangabe „Gutschrift“, BC 2013, 324
BMF-Schreiben betr. Ausstellung von Rechnungen – Änderungen der §§ 14, 14a UStG durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, IV D 2 – S 7280/12/10002

d) Änderungen durch AmtshilfeRLUmsG

Hier soll kurz auf die relevanten Änderungen durch das AmtshilfeRLUmsG, insbesondere auf dem Gebiet der Umsatzsteuer, eingegangen werden.

Anlagen: nwb Nachrichten, Änderungen durch das AmtshilfeRLUmsG (LFD)
LFD Thüringen – Verfügung betr. Umsatzsteuer, BeckVerw 274396
Das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz – ein Überblick, NWB 2013, 2052
AmtshilfeRLUmsG – Die wichtigsten Änderungen für die Praxis – Teil 1 und 2, SteuK 2013, 287, 313

e) **Steuerfalle bei Dienstwagen für im Ausland wohnende Mitarbeiter**

Überlässt der Vorgesetzte seinem Mitarbeiter einen Dienstwagen zur privaten Nutzung, so gelten die umsatzsteuerlichen Regelungen zur Vermietung eines Beförderungsmittels. Durch das AmtshilfeRLUmsG wurde der Leistungsort bei der langfristigen Vermietung von Beförderungsmitteln an den Ort, an dem der Empfänger seinen Wohnsitz hat, verlagert. Dies hat zur Folge, dass der Leistungsort bei einem im Ausland wohnenden Mitarbeiter auch dort liegt und der Unternehmer sich auch dort registrieren und die entsprechenden steuerlichen Pflichten erfüllen muss.

Anlage: nwb Nachrichten, Steuerfalle bei Dienstwagen für im Ausland wohnende Mitarbeiter

f) **Ort der Leistung bei elektronisch erbrachten Dienstleistungen**

Die umsatzsteuerlichen Vorschriften für Telekommunikations-, Rundfunk- und Fernsehdienstleistungen sowie für elektronisch erbrachte Dienstleistungen werden sich hinsichtlich des Ortes der Leistung am 01.01.2015 ändern. Um eine ordnungsgemäße Umstellung bis zu diesem Zeitpunkt zu gewährleisten, hat die Europäische Kommission bereits jetzt einen Überblick über die Änderungen und die damit verbundenen Konsequenzen veröffentlicht. Hier werden die anstehenden Neuerungen überblickartig dargestellt.

Anlage: Europäische Kommission, Telekommunikationsdienstleistungen, Rundfunk- und Fernsehdienstleistungen und elektronisch erbrachte Dienstleistungen

4. ERTRAGSTEUERN, BILANZIERUNG

a) **Behandlung von Vorsorgeaufwendungen / Altersvorsorge**

Hier erfolgt ein kurzer Hinweis auf die einkommensteuerrechtliche Behandlung von Vorsorgeaufwendungen und Altersbezügen sowie der Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Aufgrund von verschiedenen Gesetzesänderungen wurden die diesbezüglichen BMF-Schreiben überarbeitet.

Anlagen: nwb Nachrichten, Behandlung von Vorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (BMF)
 BMF-Schreiben betr. einkommensteuerrechtliche Behandlung von Vorsorgeaufwendungen und Altersbezügen, IV C 3 – S 2221/12/10010:004
 BMF-Schreiben betr. steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge und betrieblichen Altersversorgung, IV C 3 – S 2015/11/10002, BeckVerw 274400

b) Altersgrenze bei Berechnung von Pensionsrückstellungen

Hier erfolgt ein Hinweis auf das Urteil des Hessischen FGs vom 22.05.2013, welches sich mit der Höhe der Pensionsrückstellung bei einem Gesellschafter-Geschäftsführer beschäftigt.

Anlagen: nwb Nachrichten, Altersgrenze bei Berechnung von Pensionsrückstellungen
Hessisches FG, Urteil v. 22.05.2013, Rs. 4 K 3070/11, BeckRS 2013, 95776
Berechnung von Pensionsrückstellungen: Altersgrenze, BC 2013, 422

c) Bilanzierung – Gutscheine im Rahmen eines Kundenbindungsprogramms (FG)

Das FG Niedersachsen hat mit Urteil vom 03.06.2013 entschieden, dass Gutscheine zur Verrechnung mit Entgelten aus zukünftigen Einkäufen weder zu Verbindlichkeiten noch zu Rückstellungen im Ausgabejahr führen.

Anlagen: nwb Nachrichten, Gutscheine im Rahmen eines Kundenbindungsprogramms (FG)
FG Niedersachsen, Urteil v. 03.06.2013, Rs. 6 K 357/12, BeckRS 2013, 96147

d) Leser-werben-Leser Prämien

In den aktuell laufenden steuerlichen Betriebsprüfungen geraten die Leser werben Leser Prämien verstärkt in den Fokus der Prüfer. Diese stufen die Sachprämien als pauschal zu versteuernde Zuwendungen ein.

Hier sollte unter Bezugnahme auf das BMF-Schreiben zu § 37b EStG darüber diskutiert werden, ob diese Prämien tatsächlich unter die Pauschalversteuerung fallen bzw. welche Argumente dagegen sprechen.

Anlagen: BMF-Schreiben betr. Pauschalierung der Einkommensteuer bei Sachzuwendungen nach § 37b EStG, IV B 2 – S 2297-b/07/0001
Stellungnahme der Verbände zum o.g. BMF-Schreiben
Merkblatt Geschenke und Bewirtungskosten
Eingabe zur Pauschalbesteuerung von Sachzuwendungen nach § 37b EStG

e) Zukunftssicherungsleistungen und 44-Euro-Freigrenze

Es erfolgt ein Hinweis auf ein BMF-Schreiben, dass die Anwendung der 44-Euro-Freigrenze auf Beiträge des Arbeitgebers für die Zukunftssicherung des Arbeitnehmers ablehnt.

Anlage: BMF-Schreiben betr. Zukunftssicherungsleistungen und 44-Euro-Freigrenze, IV C 5 – S 2334/13/10001

f) Finales BMF-Schreiben zum neuen Reisekostenrecht

Das Reisekostenrecht wird zum 1.1.2014 ohne Übergangsfrist neu geregelt. Hierzu ist ein ausführliches BMF-Schreiben ergangen. Es sollte darüber diskutiert werden, ob die Verlage das neue Recht bereits ausreichend berücksichtigen.

Anlage: BMF-Schreiben zur Reform des steuerlichen Reisekostenrechts ab 1.1.2014, IV C 5 – S 2353/13/10004

g) Nutzungsentgelte für Nachrichtendienste in der Gewerbesteuer (Herr Rupprecht)

Auf Anregung von Herrn Rupprecht sollte erneut über die Frage diskutiert werden, ob Nutzungsentgelte für die Nachrichtendienste DPA / AFP Lizenzen (Vervielfältigungsrecht) im Sinne des § 8 Nr. 1 f GewStG darstellen oder ob es sich lediglich um eine Duldung zur einmaligen Nutzung eines Bildes und / oder Textes handelt.

Weiterhin ist darüber zu diskutieren, ob die Möglichkeit, auf Datenbanken von DPA / AFP zurückgreifen zu können bereits eine zeitlich befristete Überlassung von Rechten im Sinne des § 8 Nr. 1 f GewStG darstellt.

Anlagen: Auszüge Nutzungsbedingungen DPA / AFP
BFH, Beschluss v. 01.08.2012, Rs. V R 55/11

5. ABGABENORDNUNG, SONSTIGE

a) Wert von Spielfilm-DVDs

Hier erfolgt ein Hinweis auf den Beschluss des BFH vom 04.07.2013, der den Zollwert eingeführter Spielfilm-DVDs zum Gegenstand hat.

Anlagen: nwb Nachrichten, Wert von Spielfilm-DVDs (BFH)
BFH, Beschluss v. 04.07.2013, Rs. VII R 56/11, BeckRS 2013, 95723

b) Erhöhung Grunderwerbsteuer in Berlin

Hier soll darauf hingewiesen werden, dass der Steuersatz der Grunderwerbsteuer in Berlin zum 01.01.2014 auf 6% erhöht werden soll.

Anlage: nwb Nachrichten, Steuersatz in Berlin wird auf 6,0 Prozent angehoben (SenFin)

c) Gesetzlicher Mindestlohn für die Zeitungszustellung

Hier sollte kurz über die Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns für den Zeitungsvertrieb diskutiert werden.

Anlagen: Pressefreiheit als Vertriebsfreiheit, Rechtsgutachten von Degenhart
Hinweise zur Diskussion
Stellungnahme des BDZV

d) Stand der SEPA-Umstellung

Die deutsche Bundesbank hat darauf hingewiesen, dass das SEPA-Verfahren nur sehr zurückhaltend verwendet wird, obwohl die Zeit zur Umstellung bald endet. Hier sollte ein kurzer Erfahrungsaustausch darüber stattfinden, wie weit die Umsetzung in den Verlagen fortgeschritten ist.

Anlage: BMF, SEPA-Nutzung besorgniserregend

6. ERFahrungSAUSTAUSCH ÜBER BETRIEBSPRÜFUNGEN

Hinweise auf die wesentlichen Rechte und Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen bei der Außenprüfung

Vor dem Erfahrungsaustausch über Betriebsprüfung erfolgt noch ein Hinweis auf ein aktuelles BMF-Schreiben, welches die wichtigsten Rechte und Pflichten bei Betriebsprüfungen zusammenfasst.

Anlage: BMF-Schreiben betr. Hinweise auf die wesentlichen Rechte und Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen bei der Außenprüfung, IV A 4 – S 0403/13/10001